



Antrag

der Fraktion der SPD

Die Radstrategie retten!

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem „Bericht zur Halbzeitevaluierung der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030“ (Drs. 20/4152) hat die Landesregierung den Landtag informiert, das Ziel, den Radverkehrsanteil auf 30 Prozent zu steigern, von 2030 auf 2040 zu verschieben. Dies erfolgte, obwohl die externe Begutachtung der Radstrategie ergeben hatte, dass mit den derzeitigen Maßnahmen der anvisierte Radverkehrsanteil erst 2050 erreichbar wäre.

Der Landtag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die Landesregierung sich genötigt sah, das Ziel für die Erreichung des Radverkehrsanteils um zehn Jahre nach hinten zu verschieben. Der Landtag nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass die Landesregierung damit ein deutlich ambitionierteres Ziel verfolgt, als dies durch die Begutachtung als realistisch eingeschätzt wurde.

Der Landtag stellt daher fest, dass sich aus der Abweichung von der Empfehlung der Begutachtung zwangsläufig die Notwendigkeit zusätzlicher, auch finanzieller Anstrengungen ergibt, wenn das Ziel 2040 erreicht werden soll.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass diese erforderlichen zusätzlichen Anstrengungen im deutlichen Widerspruch zum Haushaltsentwurf der Landesregierung stehen, mit dem Kürzungen der Haushaltsansätze für den Radverkehr um insgesamt knapp 10 Mio. Euro vorgesehen sind. Diese Kürzungen können auch durch zusätzliche 2 Mio. Euro für den Radverkehr aus dem Sondervermögen des Bundes nicht ausgeglichen werden. Vielmehr wären die Kürzungen ein erheblicher Rückschlag auf dem Weg zum radfreundlichen Bundesland.

Der Landtag bekennt sich nach wie vor zu den Zielen der Radverkehrsstrategie und fordert die Landesregierung auf, diese ambitioniert zu verfolgen. Dazu gehört

insbesondere auch, dem Parlament Haushaltsentwürfe vorzulegen, die eine Umsetzung der Strategie möglich machen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen im Rahmen der Nachschiebeliste zurückzunehmen und dem Landtag gleichzeitig kurzfristig darzulegen, wie ohne Erhöhung der entsprechenden Haushaltsansätze das von der gutachterlichen Empfehlung abweichende, ambitioniertere Ziel der Landesregierung beim Radverkehrsanteil erreicht werden soll.

Niclas Dürbrook

und Fraktion